

Falls dieser Text nicht richtig angezeigt wird, aktiviert die html-Ansicht des Mail-Programmes oder klickt [hier](#) für die Online-Version.

Rundbrief Christine Buchholz, MdB | März 2014

Rüstung, Bundeswehr, Rassismus

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde,

der Konflikt um die Ukraine hat bedrohliche Züge. Nicht nur die russische Regierung, sondern auch die USA, die EU und die NATO schüren die Eskalation. Nicht zuletzt auf den Ostermärschen werden wir Nein zum Krieg und Nein zur NATO sagen.

Zugleich beginnt die heiße Phase des Europawahlkampfes. Wir werben für eine aktive Unterstützung für eine linke Alternative zur Politik der EU. Für ein friedliches und solidarisches Europa.

Eure/Ihre Christine Buchholz

Eurofighter, Kampfdrohnen: Bundeswehr rüstet auf, Industrie kassiert

Es war eine unscheinbare Meldung in der Druckausgabe des „Spiegel“ vom 17. März: Offenbar arbeitet das Bundesverteidigungsministerium hinter den Kulissen aktiv an der Beschaffung der US-Drohne MQ-9 Predator B. Dieses fernsteuerbare Flugzeug kann zur Aufklärung aus großen Höhen dienen – oder aber bis 1300 Kilogramm an Sprengladung tragen. Die US-Armee setzt diese Drohne ein, um in Afghanistan, Pakistan und Jemen Hellfire-Raketen abzuschießen und so die die Bevölkerung ganzer Regionen zu terrorisieren. Die Militärs nennen die Drohne daher „Reaper“ – zu deutsch: „Sensenmann“. Der „Spiegel“ meldete, die Leitung des Ministeriums habe bereits im Januar das Wehrbeschaffungsamt beauftragt, ein deutsches Unternehmen mit der Musterprüfung für die US-Drohne zu beauftragen. Das ist ein notwendig, will man dieses Fluggerät für die Bundeswehr beschaffen. In einer eilig nachgeschobenen Erklärung bestätigte das Bundesverteidigungsministerium uns den Inhalt der „Spiegel“-Meldung. Meine Pressemitteilung dazu könnt ihr [hier](#) lesen.

Von den Rüstungsaufträgen profitiert die Rüstungsindustrie – zuweilen auch ohne jegliche Auslieferung. So hat das Ministerium die Zahl der geordneten Kampfflugzeuge vom Typ „Eurofighter“ reduziert – nachdem die Kosten pro Stück explodiert sind. Nun steht die Industrie Schlange, um Kompensationszahlungen vom Steuerzahler zu erhalten. Für Jets, die nie gebaut wurden.

Als erstes kam der Triebwerkhersteller MTU an die Reihe und kassierte 55 Millionen – angewiesen von Staatssekretär Beemelmans, ohne den Bundestag wie vorgeschrieben zu informieren. Dafür musste er gehen. Aber das Problem bleibt. Airbus fordert nun 900 Millionen für denselben Vorgang. Meine Pressemitteilung zur Absetzung Beemelmans' findet ihr [hier](#).

Mali-Einsatz: Keine deutsch-französische Freundschaft



Anfang Februar war ich im Senegal und in Mali. Ich habe für DIE LINKE an einer Reise von Verteidigungsministerin von der Leyen teilgenommen. Dabei wurde klar, dass es der Regierung in Mali auch darum geht, ihre Einsatzfähigkeit zu testen.

Einen vollständigen Bericht über die Reise habe ich auf meiner [Homepage](#) veröffentlicht.

Im [Bundestag](#) habe ich das NEIN der LINKEN zum Mali-Einsatz begründet. Die Bundesregierung begründet den Einsatz unter anderem damit, dass die Militärkooperation mit Frankreich ein Akt deutsch-französischer Freundschaft wäre.

Angesichts der zunehmenden Zahl vom Auslandseinsätzen ist klar: Deutschland möchte den [Armeestiefel](#) in der Tür haben, wenn es um wirtschaftliche Interessen geht.

Bundeswehr: Nicht der Mensch steht im Mittelpunkt

Der Bericht des Wehrbeauftragten für 2013 liefert Daten und Fakten dafür, wie der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee auch auf dem Rücken der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien stattfindet. Es gibt mehr Beschwerden von Angehörigen der Bundeswehr als je zuvor und die Zahl der traumatisierten Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Auslandseinsätzen macht PTBS auch in Deutschland zu einem großen Problem. Im Bundestag wurde der Bericht diskutiert, meine [Rede](#) kann man auf meiner Homepage anschauen und nachlesen.

Die Große Koalition opfert die Rechte von Migrantenkindern

Der Doppelpasskompromiss der großen Koalition ist faul. Der Zwang für Jugendliche, sich für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden, diskriminiert vor allem Kinder türkischer Eltern. Er muss bedingungslos abgeschafft werden. Im [Bundestag](#) sprach ich zu einer guten Bundesratsinitiative rot-grüner Länder, bei der sich das schwarz-grüne Hessen leider enthielt.

Vor Ort in Hessen

Solidarität mit den Warnstreiks im öffentlichen Dienst



Am 25.03. nahm ich an der zentralen ver.di-Kundgebung in Hessen teil. Auf dem Römerberg versammelten sich 12 000 Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes und der Telekom um ihren Forderungen noch einmal Druck zu verleihen. Wie wollen eine Lohnerhöhung um 100 Euro plus weiteren 3,5 Prozent oben drauf für jede Beschäftigte und jeden Beschäftigten und einer feste Übernahme der Auszubildenden. Diese Forderungen sind mehr als berechtigt. Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite Abgeordnetendiäten erhöht werden und auf der anderen Kindergärtnerinnen, Müllwerker und Busfahrerinnen die Zeche für die verfehlte Haushaltspolitik der Regierung zahlen müssen. Hier die gemeinsame [Solidaritätserklärung](#) von Sabine Leidig, Wolfgang Gehrcke und mir.

Spende für Flüchtlingshilfe



Bereits in meinem letzten Rundbrief habe ich von der Flüchtlingshilfe zweier Frankfurter Kirchengemeinden berichtet. Der Fraktionsverein der LINKEN hat diesem Projekt 750€ gespendet, die ich gemeinsam mit Sabine Leidig übergeben habe. Die Flüchtlinge leben mittlerweile in einer leer stehenden Kirche, für einige gibt es Perspektiven im Hinblick auf Arbeit und einen dauerhaften Aufenthaltstitel. Für die meisten ist allerdings die Perspektivlosigkeit ein immer größer werdendes Problem. Auf der Homepage www.wir-fuer-22.de kann man sich über das Projekt informieren und auch herausfinden, wie man es selbst unterstützen kann.

Kandidatur zum Parteivorstand

Ich kandidiere auf dem Berliner Parteitag vom 9.-11. Mai wieder für den Parteivorstand. Ich will meinen Beitrag dazu leisten, den Parteaufbau voranzubringen und Kampagnenfähigkeit zu entwickeln. Hier findet Ihr meine [Bewerbung](#).

Kontakt

Meine Wahlkreisbüros in Hessen:

Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt
Natalie Dreibus
christine.buchholz@wk2.bundestag.de
Tel.: 069 - 970 979 64
Fax.: 069- 970 979 65

Steingasse 5, 34613 Schwalmstadt
Heidmarie Scheuch-Paschkewitz
heide.scheuch@yahoo.de
Tel.: 06691 – 2204630

Taunusstraße 2, 63067 Offenbach
Lisa Hofmann
christine.buchholz@wk.bundestag.de
Tel.: 069 - 85 09 53 27

In Berlin erreicht ihr mich über Katja Kaba:
christine.buchholz@bundestag.de
Tel.: 030 - 2277 - 50 62

Meine aktuellen Aktivitäten, Initiativen und Reden findet Ihr auch im
Internet unter: www.christinebuchholz.de
oder auf Facebook: facebook.com/buchholz.christine

Unter <http://christinebuchholz.de/feed/> könnt ihr ein News-Feed abonnieren, d.h. ihr werdet informiert wenn ein neuer Artikel, eine Rede oder Pressemitteilung erscheint.
Wer in größeren Abständen über meine Aktivitäten informiert werden möchte kann sich auch gerne in meinen Verteiler eintragen. Bitte Mail an christine.buchholz@bundestag.de mit dem Betreff "Verteiler"